



Handel und Entwicklung. Ernst machen mit der Entwicklungsrunde in Cancún

**Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

UNCTAD Sondersitzung,
Genf, 22. Juli 2003, Palais des Nations, Raum XVII
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Ricupero,
sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie mich mit einem **Wort des Dankes an Herrn Generalsekretär Ricupero** beginnen. Ich habe, Herr Generalsekretär, Ihre Einladung, im Rahmen der heutigen UNCTAD-Sondersitzung zum Thema „Handel und Entwicklung. Mit der Entwicklungsrunde Ernst machen in Cancún“ zu sprechen, gerne angenommen.

Einleitung: Handel und Armutsreduzierung; Monterrey und Johannesburg

Das Thema Handel und Entwicklung ist gewiss nicht neu. Es hat Handels- und Entwicklungspolitiker schon seit langen beschäftigt, und es hat bereits der UNCTAD als Organisation zu ihrem Namen verholfen. Dennoch ist das **Thema heute aktueller denn je.**

Ich möchte vor allem **einen zentralen Aspekt** in den Vordergrund stellen:

Die Doha-Entwicklungsrunde muss als Bestandteil der Bemühungen gesehen werden, die Globalisierung sozial gerecht und einer die Entwicklungsländer einbeziehenden Weise zu gestalten. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Gesichtspunkte müssen bei der Ausgestaltung des Handelssystems zusammen fließen. Weltweite Armutsminderung ist eine unverzichtbare

Voraussetzung für eine globale nachhaltige Entwicklung. Handel muss in den Dienst der Armutsminderung gestellt werden. An diesen Anforderungen muss sich die Entwicklungsrunde messen lassen. Der bisher erreichte Verhandlungsstand ist allerdings enttäuschend. Substanzielle Fortschritte wurden auf dem Weg von Doha nach Cancún nicht gemacht.

Im November 2001 endete die 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha mit der Einleitung einer neuen umfassenden Verhandlungsrunde, für die sich die Bezeichnung **„Entwicklungsrunde“** durchgesetzt hat. Das in der Doha-Ministererklärung für die neue Runde formulierte Verhandlungsmandat hat die Entwicklungspolitik zum Tagesordnungspunkt 1 auf der WTO-Agenda gemacht. Klar und eindeutig heißt es, dass die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer im Mittelpunkt der neuen Verhandlungsrunde stehen müssen. Damit ist zugleich die Forderung nach Kohärenz von Handels- und Entwicklungspolitik zu einem zentralen Punkt geworden.

Ohne weltweiten Handel für alle wird es keine Entwicklung für alle geben. Der Zugang zu den Weltmärkten, die Möglichkeit, verarbeitete Produkte zu vermarkten, ist eine entscheidende Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in Entwicklungsländern. Auf den engen **Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Handel und Armutsreduzierung** ist immer wieder hingewiesen worden, nicht zuletzt auf der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im März 2002 und dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im August/September 2002. Handel kann einen erheblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Armutsreduzierung leisten. Eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Handelsliberalisierung armutsmindernd wirkt, ist allerdings ihre Einbettung in umfassende nationale Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer.

Deshalb hat sich die deutsche Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahren, maßgeblich seit 1998, des Themas Handel angenommen und Handel unter dem Motto „Globalisierung gerecht gestalten“ zu einem ihrer drei Schwerpunkte erklärt. Das findet sich auch im von der Bundesregierung im April 2001 verabschiedeten **„Aktionsprogramm 2015“** wieder, das den deutschen Beitrag zur weltweiten Halbierung extremer Armut bis zum Jahr 2015 beschreibt.

Der **Monterrey-Konsens** stellt die Bedeutung von Handel als eines der Eckpfeiler der Entwicklungsfinanzierung heraus. Zu Recht betont er, dass Handel in vielen Fällen die wichtigste externe Quelle der Entwicklungsfinanzierung ist. Der **Johannesburg-Implementierungsplan** positioniert die Handelspolitik im Kontext des übergeordneten Ziels der nachhaltigen Entwicklung. Er bezeichnet die Beseitigung der Armut als die größte globale Herausforderung und unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Damit sind **zwei wichtige Stichworte** gefallen. *Erstens*: Die Handelsliberalisierung in den Entwicklungsländern muss der **Armutsbekämpfung** dienen. *Zweitens*: Das Leitbild für die internationale Handelspolitik ist das Konzept der **nachhaltigen Entwicklung**.

Auch der freie Welthandel muss in sozial und ökologisch verträglichen Bahnen verlaufen. **Globale Nachhaltigkeitspolitik steht nicht unter Freihandelsvorbehalt!** Die Umsetzung der im Rahmen der WTO eingegangenen Verpflichtungen darf nicht zu Lasten der Einhaltung anderer Verpflichtungen, zum Beispiel im Bereich Umwelt oder bei den Sozialrechten, gehen. **Handelsliberalisierung ist kein Selbstzweck.** Sie soll zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung führen und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern leisten.

Für die nachhaltige Reduzierung der Armut und das Erreichen der in der Millenniums-Erklärung vereinbarten Entwicklungsziele ist die vollständige **Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda nur ein Baustein**. Ebenso wichtig ist es, den Monterrey-Konsens und den Johannesburg-Implementierungsplan umzusetzen. Doha, Monterrey und Johannesburg müssen im Zusammenhang gesehen werden. Das verbindende Thema ist, aus der Perspektive der Entwicklungspolitik, **eine die Entwicklungsländer einbeziehende, sozial gerechte und ökologisch tragfähige Gestaltung der Globalisierung**.

Die Doha-Ministererklärung erkennt an, dass im internationalen Weltwirtschaftssystem für die Anliegen der Entwicklungsländer erheblicher Nachholbedarf besteht. Das internationale Handelssystem begünstigt bis heute wirtschaftlich stärkere Länder und wirkt sich immer noch sehr asymmetrisch zu

Lasten der Entwicklungsländer aus. Bei der weiteren Ausgestaltung der WTO-Regeln stehen wir deshalb vor der großen Herausforderung, die Regeln in einer Weise auszugestalten, dass **global gerechtere Wirtschaftsbeziehungen** entstehen, die zu einer besseren Einbindung der Entwicklungsländer in das multilaterale Handelssystem führen. Die Doha-Entwicklungsrunde ist aus dieser übergeordneten Perspektive Teil der Bemühungen um eine gerechte Gestaltung der Globalisierung.

Künftig wird eine bessere **Abstimmung der wirtschaftlichen und sozialen Dimension** nötig sein, also zum Beispiel der Arbeit der ILO zu Kernarbeitsnormen und der Arbeit der WTO. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich meine Unterstützung für die Arbeit der von der ILO einberufenen World Commission on the Social Dimension of Globalization zum Ausdruck bringen.

Anforderungen an die Entwicklungsrunde

Welche **Forderungen stelle ich nun vor diesem Hintergrund an die laufende Welthandelsrunde**? Die weitere Handelsliberalisierung muss sich für die Entwicklungsländer auszahlen. Ihnen müssen, wo sie über exportfähige Produkte verfügen, faire Handelschancen eingeräumt werden. Im OECD-Raum ist vor allem mehr Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Handelspolitik gefragt. Wo dies nicht der Fall ist, müssen den Entwicklungsländern durch Unterstützung bei der Überwindung der „supply-side constraints“ neue Handelschancen eröffnet werden. Hier ist die Entwicklungszusammenarbeit gefordert.

Die **Marktöffnung** und der **Abbau handelsverzerrender Maßnahmen** dürfen die Sektoren nicht aussparen, in denen die Entwicklungsländer Exportpotenziale haben. Der Anfang 2001 getroffene Beschluss der EU, im Rahmen der „Everything-But-Arms“-Initiative für alle Produkte der ärmsten Entwicklungsländer quoten- und zollfreien Marktzugang zu gewähren, ist wegweisend. Ich bedauere und kritisiere, dass man Zucker, Reis und Bananen vorläufig ausgenommen und hier Übergangsfristen vorgesehen hat. Vor allem müssen – wie in der Doha-Ministererklärung vorgesehen – alle Formen der **Exportsubventionen für Agrarprodukte** abgebaut werden. **Agrarexportsubventionen sind eine dauerhafte Aggression gegenüber Entwicklungsländern**, vor allem gegenüber den Chancen afrikanischer Länder. Man

kann nicht einerseits Freihandel predigen, und wenn es einem selbst nicht passt, den Entwicklungsländern vorenthalten. Deshalb fordere ich als einen ersten Schritt ein **Moratorium**, eine Aufhebung der Agrarexportsubventionen, so lange die Verhandlungsrunde läuft.

Baumwollhandel; WTO-Initiative der westafrikanischen Baumwollproduzenten

Für **Baumwolle** sind die Preise auf dem Weltmarkt auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gefallen. Einer der wesentlichen Gründe hierfür sind die Subventionszahlungen. Es wird geschätzt, dass in 2001/2002 allein von den USA, der EU und China rd. USD 6 Mrd. an Subventionen an ihre Baumwollproduzenten gezahlt wurde. Das entspricht exakt dem Wert der globalen Baumwollexporte in diesem Zeitraum! Das International Cotton Advisory Committee schätzt die Verluste der Entwicklungsländer als Folge der Subventionierung der Baumwollproduktion auf USD 23,5 Mrd. in den letzten vier Jahren.

Viele Baumwollproduzenten in den Entwicklungsländern sind **durch den subventionsbedingten Preisverfall bei Baumwolle in die Armut** getrieben worden. Eine der am schlimmsten betroffenen Regionen ist **West- und Zentralafrika**. Trotz qualitativ hochwertiger Baumwolle und kostengünstigen Strukturen rechnet sich der Baumwollanbau bei dem jetzigen Weltmarktpreis kaum noch. Jahrzehntelange Aufbauanstrengungen im Baumwollsektor werden gefährdet. Ein Wegfall der Subventionen würde nach den Berechnungen des International Cotton Advisory Committee zu einer Steigerung der Erzeugerpreise um US cents 31 pro Pfund führen, mit einem entsprechend höheren Einkommen der Baumwollproduzenten. Die Baumwollproduktion wäre dann für die Länder West- und Zentralafrikas wieder profitabel. Höhere Erzeugerpreise heißt höheres Einkommen und weniger Armut.

Mit ihrer auf ein schnelles Auslaufen der Subventionierung der Baumwollproduktion abzielenden **Initiative „Poverty Reduction: Sectoral Initiative in Favor of Cotton“** haben die Staaten Burkina Faso, Mali, Benin und Tschad jetzt im Rahmen der WTO das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. **Ich unterstütze diese Initiative**. Sie weist den richtigen Weg. Den vier Ländern, die diese wichtige Initiative ergriffen

haben, sage ich: Wir sind gerne bereit, Sie im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit Ihnen konkret zu unterstützen und nehmen dazu jederzeit gerne Gespräche mit Ihnen auf.

Stand der Verhandlungen in der Doha-Runde

Ich habe weit reichende Forderungen an die Entwicklungsrunde formuliert. Diese erfordern zähes Verhandeln. Es ist nicht zu bestreiten, dass in den laufenden Verhandlungen, vor allem mit Blick auf die Interessen der Entwicklungsländer, **bislang nur unzureichende Fortschritte** gemacht wurden. Die in der Doha-Ministererklärung angekündigte Bereitschaft, stärker auf die Bedürfnisse und Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern einzugehen, muss sich an substantziellen Zugeständnissen besonders für die ärmsten Ländern messen lassen. Diese sind bislang nicht erfolgt.

Die in der Doha-Ministererklärung gesetzte Frist zur Umsetzung der Erklärung zu „TRIPS und Öffentliche Gesundheit“ über den Zugang zu billigen Medikamenten zur Bekämpfung von Volksseuchen wurde ebenso nicht eingehalten wie die Fristen zu den Verhandlungen über die „besondere und differenzierte Behandlung“ der Entwicklungsländer und den Marktzugang für nicht-agrarische Produkte sowie über die Modalitäten eines neuen WTO-Agrarabkommens. **Es liegt also noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor uns, zu einer echten Entwicklungsrunde zu kommen.**

Das belegt auch der letzten Freitag von dem Vorsitzenden des Allgemeinen Rats vorgelegte Entwurf für eine Entschließung der Ministerinnen und Minister in Cancún. Der Entwurf nimmt in großem Umfang Bezug auf Entscheidungen, die erst noch getroffen werden müssen: „... dieser erste Entwurf spiegelt die Realität der gegenwärtigen Situation wider. Er reflektiert, wie weit wir in einer Reihe von zentralen Fragen noch kommen müssen, um das Doha-Mandat zu erfüllen“, heißt es in der Einleitung zu dem Entwurf.

„Besondere und differenzierte Behandlung“ der Entwicklungsländer

Ich bedauere, dass es bei den Verhandlungen zu der „besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer“ noch nicht zu greifbaren Ergebnissen bei den Verhandlungen gekommen ist. Über fast 90 Einzelvorschläge wird verhandelt. Ich kann hierauf nicht im Einzelnen eingehen. Grundsätzlich aber ist zu sagen, dass die Doha-Ministererklärung ausdrücklich den Grundsatz bekräftigt, dass die **„besondere und differenzierte Behandlung“ der Entwicklungsländer integraler Bestandteil aller WTO-Abkommen** ist. Sie ist ein Mittel, die Integration der Entwicklungsländer in das multilaterale Handelssystem zu fördern. In der laufenden Entwicklungsrunde muss einer „besonderen und differenzierten Behandlung“ der Entwicklungsländer deshalb besondere Beachtung geschenkt werden.

Die Vorsorge, die wir treffen müssen, um den Entwicklungsländern den Zugang zu den notwendigen Medikamenten gegen HIV/AIDS und andere Massenerkrankungen zu gewährleisten, oder die Schaffung einer Development Box im Agrarbereich, die den Entwicklungsländern zum Beispiel Abweichungen von den allgemeinen Vorschriften für Maßnahmen der Ernährungssicherung ermöglicht, sind Ausdruck der „besonderen und besonderen Behandlung“ der Entwicklungsländer.

Verhandlungsbereich: Landwirtschaft

Die Agrarverhandlungen laufen aufgrund des Mandats aus der Uruguay-Runde bereits seit Anfang 2000. Der Zeitplan der 4. WTO-Ministerkonferenz sah vor, dass bis 31. März 2003 in den drei Verhandlungsbereichen Marktzugang, Exportsubventionen und interne Stützung sowie bei den nicht-handelsbezogenen Anliegen, wie z.B. Verbraucher-, Gesundheits-, Pflanzen- und Tierschutz, im Rahmen der **Einigung auf die Verhandlungsmodalitäten** wichtige Vorentscheidungen fallen sollten. **Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht.** Trotz erheblicher Anstrengungen liegen die Verhandlungspositionen zur Zeit noch weit auseinander. In den letzten Monaten ist, gemessen an den Fortschritten, ein Stillstand eingetreten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle vorab Folgendes sagen. Ende Juni haben sich die EU-Agrarministerinnen und -minister darauf geeinigt, wie die künftige Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft aussehen soll. Ich hoffe, dass auf der Basis

dieser **Einigung über die EU-Agrarreform** Fortschritte bei den WTO-Agrarverhandlungen möglich sind. Wichtig ist, dass die Einigung den Weg für die Entkoppelung von Produktion und Zuschüssen, und damit einer besonders handelsverzerrenden Form der Subventionierung, freigemacht wurde, auch wenn der Abbau der produktionsgebunden Subventionen nicht für alle Bereiche gilt und noch verbesserungsbedürftig ist. Dieser Schritt zeigt aber: Die EU hat erkannt, dass sie vor der anstehenden WTO-Verhandlungsrunde in Cancún Zugeständnisse machen muss.

Die entscheidende Frage, die sich mir hinsichtlich der WTO-Agrarverhandlungen stellt, ist: **Sind die Verhandlungen an den Interessen der Entwicklungsländer ausgerichtet** oder zu einseitig am Ziel der Handelsliberalisierung orientiert?

Ich glaube, wir können bei dem **derzeitigen Stand der Verhandlungen** durchaus sagen, dass die Verhandlungen die Anliegen der Entwicklungsländer ernst nehmen und in diesem Sinne entwicklungsorientiert, zumindest in die richtige Richtung laufen. Der erste Entwurf des Modalitäten-Papiers des Vorsitzenden des WTO-Agrarausschusses sieht vor, dass die Entwicklungsländer für so genannte „strategische Produkte“, also wichtige Grundnahrungsmittel wie Reis oder Mais, einen besonderen Schutzmechanismus in Anspruch nehmen können. Für Entwicklungsländer wird der Katalog nicht abbaupflichtiger Exportstützung gegenüber den entsprechenden Exportwaren für Industrieländer erweitert. Darüber hinaus sollen die Entwicklungsländer sich mehr Zeit dabei nehmen dürfen, handelsverzerrende Stützungsmaßnahmen abzubauen als Industrieländer. Die am wenigsten entwickelten Länder sollen sogar ganz von dieser Abbaupflichtung befreit werden.

Es gibt jedoch auch noch **Defizite in dem Entwurf**. Es ist zum Beispiel nicht gerechtfertigt, die EU-Exportsubventionierung anders zu bewerten als die **US-Exportkredite**. Letztere unterwirft der Entwurf – durchaus auch zum Nachteil der Entwicklungsländer und nicht nur der EU – einer weit weniger strengen Disziplinierung. Auch wird **nicht ausreichend differenziert zwischen Entwicklungsländern, Schwellenländern und am wenigsten entwickelten Ländern**. Schließlich wird auch dem Bereich der **nicht-handelsbezogenen**

Anliegen, wie zum Beispiel der Schutz von Gesundheit und Umwelt oder die Entwicklung des ländlichen Raums, die sich aus der Multifunktionalität der Landwirtschaft herleiten, nicht ausreichend Rechnung getragen. Nachhaltige Produktion und Gesundheitsschutz sind grundlegende Ziele sowohl für die Industriestaaten als auch für die Entwicklungsländer. Ihre Umsetzung erfordert die Verankerung internationaler Standards in der Lebensmittelproduktion. Damit es hier aber nicht zu neuen Marktbarrieren für die Entwicklungsländer kommt, müssen sie bei der Erfüllung der Standards unterstützt werden.

Am **Ende der Verhandlungen** müssen weitreichende Verbesserungen in den Marktzugangsbedingungen für die Agrarprodukte der Entwicklungsländer sowie eine deutliche Reduktion handelsverzerrender Subventionen stehen. Vor allem fordere ich, dass alle OECD-Länder endlich den ärmsten entwickelten Ländern einen zoll- und quotenfreien Zugang zu ihren Märkten gewährt. Ausnahmen darf es nicht mehr geben.

Verhandlungsbereich: Marktzugang für nicht-agrarische Produkte

Darüber hinaus sind für die Entwicklungsländer die Zollverhandlungen im gewerblichen Bereich von großer Bedeutung. Auch hier liegt ein erster Entwurf vor. Darin wird vorgeschlagen, Zölle nach einer allgemeinen Formel zu senken, allerdings unter Sonderbehandlung der Entwicklungsländer. Diese Formel orientiert sich an den gebundenen Zöllen. Eine stärkere Zollsenkung sollte in bestimmten, für die Entwicklungsländer besonders wichtigen Exportsektoren, wie etwa bei Textilien, Bekleidung und Schuhen, möglich sein. Vor allen Dingen muss man sich aber dem **Problem der hohen Zölle sowie der Tarifeskulation** annehmen. Es ist nach wie vor ein **Skandal**, dass Industrieländer untereinander geringere Einfuhrzölle verlangen, als wenn Entwicklungsländer in Industrieländer exportieren. Hohe Schutzzölle für Entwicklungsländer sind, genau wie die Agrarexportsubventionen, eine nicht hinzunehmende Ungerechtigkeit, die gerade den Ländern, die unsere Unterstützung besonders dringend benötigen, alle Chancen für selbständige Entwicklung verbauen.

Zur Illustration möchte ich ein **Beispiel** nennen, das vor kurzem der IWF veröffentlichte. Während der Wert in die USA importierter Schuhe in 2001 mit USD 6,5 Mrd. nur knapp 14 Prozent des Werts importierter Autos (USD 110 Mrd.) ausmachte, waren die Zolleinnahmen aus den Schuhimporten mit USD 1,63 Mrd. höher als die aus den Autoimporten mit USD 1,60 Mrd.! In dieser Frage zeigt sich, wie ernst es die Industrieländer mit ihrer globalen Verantwortung nehmen. Deshalb fordere ich alle Verhandlungspartner auf, diesem Missstand ein Ende zu bereiten.

Neben einer Senkung der Zölle der Industriestaaten für die Produkte der Entwicklungsländer ist aber auch eine **Senkung der Zölle im Handel der Entwicklungsländer untereinander** erforderlich. Hiervon würden entscheidende Impulse für einen vermehrten Süd-Süd-Handel ausgehen.

Verhandlungsbereich: TRIPS und öffentliche Gesundheit

Seit der WTO-Ministerkonferenz in Doha wird darüber diskutiert, wie Entwicklungsländer kostengünstig Medikamente zur Bekämpfung gravierender Epidemien erhalten können. Die **Doha-Erklärung zu „TRIPS und öffentliche Gesundheit“** erteilte dem TRIPS-Rat den Auftrag bis Ende 2002 zugunsten der Entwicklungsländer, die mangels einer eigenen Pharmaindustrie von dem Instrument der sog. Zwangslizenz keinen Gebrauch machen können, eine Lösung zu erarbeiten. **Bisher scheiterte eine Lösung** an dem Verhalten der US-amerikanischen Regierung. Im Rahmen eines Kompromissversuchs konnte zuletzt lediglich in der Frage des „Katalogs von Krankheiten“ kein Konsens erzielt werden. Jetzt scheint sich aber ein Einlenken der US-amerikanischen Seite anzudeuten, was ich sehr begrüßen würde.

Die Eindämmung von AIDS, Tuberkulose und Malaria liegt in unser aller Verantwortung. Durch den millionenfachen Tod von AIDS-Kranken, gerade in afrikanischen Ländern, entsteht unsägliches menschliches Leid. Darüber hinaus stirbt gerade die Generation betroffen, die im Erwerbsleben steht und durch ihre Arbeit zur Entwicklung des Landes beitragen könnte. **AIDS tötet nicht nur, Aids zerstört auch die Zukunft** – und dagegen sollte die gesamte internationale Gemeinschaft entschlossen angehen.

Deshalb hat die deutsche Regierung auch gerade ihre **Zusagen für den globalen Gesundheitsfonds** zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose um € 100 Mio. auf insgesamt € 300 Mio. aufgestockt.

Verhandlungsbereich: Dienstleistungen

In Cancún stehen keine Entscheidungen zu den laufenden Dienstleistungsverhandlungen an. Es besteht aber die Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme.

Das GATS ist in der Öffentlichkeit umstritten. Viele Ängste vor der Globalisierung und ihrer ungerechten Folgen werden mit dem GATS in Verbindung gebracht. Viele Nichtregierungsorganisationen kritisieren das GATS generell oder einzelnen Elemente daraus. Ich halte diese Diskussion nicht nur für richtig, sondern für zwingend notwendig. Die Diskussion des GATS ist ein wichtiger Bestandteil der Diskussion über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Deshalb trete ich für **Transparenz in den Verhandlungen** der WTO ein, damit diese Diskussion erfolgreich verläuft.

In der Präambel des GATS ist klar gestellt, dass die **vermehrte Teilhabe der Entwicklungsländer, insbesondere auch der LDCs, am internationalen Dienstleistungshandel** zu den Zielen des Abkommens zählt. Das GATS verpflichtet die Industrieländer ausdrücklich zur Marktöffnung in Dienstleistungssektoren, die für die Entwicklungsländer von Exportinteresse sind. Diese Verpflichtung muss bei den laufenden Verhandlungen eingelöst werden.

Das GATS **billigt den Entwicklungsländern Flexibilität bei dem Umfang der Liberalisierung** zu. Von ihnen wird nicht erwartet, in gleichem Umfang wie die Industrieländer ihre Märkte zu öffnen. Sie können den Marktzugang schrittweise im Einklang mit ihrem Entwicklungsstand ausweiten. Das WTO-Dienstleistungsabkommen begründet keine Pflicht zur Marktöffnung in bestimmten Sektoren und, erst recht nicht, zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Es darf auch kein Verhandlungsdruck in diese Richtung aufgebaut werden. Hier muss

den Entwicklungsländern der Rücken gestärkt werden, damit sie auf keine Liberalisierungsforderungen eingehen, die nicht in ihrem Interesse liegen, etwa weil die erforderlichen institutionellen und regulativen Voraussetzungen nicht gegeben sind oder eine Liberalisierung nicht im Einklang mit den nationalen Entwicklungszielen steht.

Bei alledem steht von vornherein fest: Der **Kernbereich staatlicher Daseinsvorsorge kann und darf in dem GATS-Verhandlungsprozess nicht zur Diskussion gestellt werden**, weder in Deutschland, noch in Europa, noch in den Entwicklungsländern.

Verhandlungsbereich Singapur-Themen

Ich möchte noch einen weiteren Punkt aufgreifen, die Aufnahme von Verhandlungen zu den sog. Singapur-Themen, insbesondere zu dem Bereich Investitionen.

Vorab: Ausländische Direktinvestitionen werden **in dem Monterrey-Konsens als ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklungsfinanzierung** behandelt. Ebenso betont der auf dem Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg beschlossene Implementierungsplan die positiven Wirkungen, die ausländische Direktinvestitionen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer haben können. Dies sollte man nicht in Frage stellen. Die potenziell positiven Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen sind aber nur die eine Seite der Medaille. Eine andere Frage ist es, ob zum jetzigen Zeitpunkt Verhandlungen über ein WTO-Investitionsabkommen begonnen werden sollen.

Ich nehme die Besorgnisse vieler Entwicklungsländer, zu **Investitionen** Verhandlungen mit dem Ziel eines multilateralen Abkommens aufzunehmen, sehr Ernst. Dies gilt insbesondere für ihre begrenzten Verhandlungskapazitäten und die daraus resultierende Notwendigkeit, die Verhandlungsressourcen auf die wichtigsten laufenden Themen zu konzentrieren. Angesichts des derzeitigen Verhandlungsstands bei der Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda hätte ich Verständnis dafür, die Aufnahme von Verhandlungen zu weiteren Themen zurückzustellen, bis in den Kernbereichen der Doha-Entwicklungsagenda – vor allem

in den Bereichen TRIPS, Landwirtschaft und Marktzugang für nicht-agrarische Produkte – substanzielle Fortschritte erzielt worden sind.

Ich weise aber darauf hin, dass **ausländische Direktinvestitionen** wird.

Handelsbezogene technische Zusammenarbeit

In allen Verhandlungsbereichen wird den Entwicklungsländern in der Doha-Ministererklärung Unterstützung zugesagt. Die handelsbezogene technische Zusammenarbeit und die Unterstützung der Entwicklungsländer beim personellen und institutionellen Kapazitätsaufbau werden ausdrücklich als „**Kernelemente der Entwicklungsdimension des multilateralen Handelssystems**“ hervorgehoben.

Hier hat man mit der Schaffung des **Doha Development Agenda Global Trust Fund** bei der WTO zur Finanzierung von deren technischer Zusammenarbeit einen großen Schritt nach vorne gemacht, die Zusage vermehrter handelsbezogener technischer Zusammenarbeit einzulösen. Deutschland hat 2002 € 525.000 und 2003 € 915.000 in den WTO-Fonds einbezahlt. Darüber hinaus haben wir unsere bilaterale handelsbezogene technische Zusammenarbeit verstärkt. Insgesamt hat mein Ministerium im vergangenen Jahr rd. € 75 Mio. für bilaterale Maßnahmen im Handelsbereich zur Verfügung gestellt.

Wichtig ist, dass die Entwicklungsländer in der Lage sind, ihre Positionen sachgerecht in den Verhandlungsprozess einzubringen und zu vertreten. Nur dann kann man auch ein in ihrem Interesse liegendes Verhandlungsergebnis erwarten. Die Bedeutung von **Maßnahmen zur Stärkung der Verhandlungskapazitäten der Entwicklungsländer**, und natürlich ganz besonders der Least Developed Countries, kann deshalb gar nicht überbewertet werden. Hier liegt eine wirkliche Herausforderung für die technische Zusammenarbeit der WTO, aber auch anderer bi- und multilateraler Institutionen.

Über die **Ausgestaltung der technischen Zusammenarbeit der WTO** wird man weiter diskutieren müssen. Der letzte WTO-Evaluierungsbericht räumt ein, dass die überwiegend sehr kurze Dauer der Unterstützungsmaßnahmen vielfach nur eine

Informationsvermittlung zulasse, nicht aber zu einem wirklichen Kapazitätsaufbau führe. Die WTO weist selbst darauf hin, dass man vor diesem Hintergrund über neue Ansätze nachdenken muss. Neben der verbesserten Nachhaltigkeit im Sinne eines dauerhaften Kapazitätsaufbaus sollte die Zielrichtung vor allem eine Beteiligung anderer Internationaler Organisationen an der Durchführung von TZ-Maßnahmen sein, um so die Entstehung von Doppelstrukturen zu verhindern.

Besondere Bedeutung messe ich dem **Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance** bei. Deutschland wird sich in diesem Jahr erstmalig auch direkt an dessen Finanzierung beteiligen.

Rolle der UNCTAD

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einige Worte zur Rolle der UNCTAD sagen. Die UNCTAD spielt als **focal point in VN-System für Fragen von Handel und Entwicklung** eine wichtige Rolle im **Politikdialog** sowohl auf Regierungs- als auch auf Expertenebene ebenso wie bei der **Unterstützung der Entwicklungsländer**. Ihre Arbeit erfährt Anerkennung von allen Seiten. Das belegt nicht zuletzt die Doha-Ministererklärung, die die UNCTAD ausdrücklich im Kontext der technischen Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen und Wettbewerb erwähnt. Mein Ministerium unterstützt zur Zeit Programme der UNCTAD in den Bereichen Investitionen und Dienstleistungen mit knapp 1 Mio. €. Daneben habe ich mich in den vergangenen Jahren aktiv an den Aktivitäten des maßgeblich von der UNCTAD getragenen Investment Advisory Council beteiligt.

Mitte nächsten Jahres findet in Brasilien die 11. UNCTAD-Konferenz statt, auf der das Arbeitsprogramm für die folgenden vier Jahre festgelegt wird. Die Konferenz steht unter dem Motto „Enhancing coherence between national development strategies and global economic processes“. Dieses Thema ist gut gewählt. Mit ihm wird eine zentrale Herausforderung an die Entwicklungszusammenarbeit und die Gestaltung internationaler Prozesse thematisiert. Es ist aber nur ein allgemeiner Rahmen, der im Vorbereitungsprozess noch der Konkretisierung bedarf, so dass aus ihm ein detailliertes Arbeitsprogramm entwickelt werden kann.

Das **Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre nach der Konferenz** in Brasilien muss den Beitrag der UNCTAD zur Erreichung der in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen und auf den Konferenzen in Brüssel, Doha, Monterrey und Johannesburg vereinbarten Entwicklungszielen festlegen. Bei der Konferenz in Sao Paolo kommt es darauf an, dass nicht nur analytisch auf die sich aus den internationale Entwicklungszielen ergebenden Anforderungen eingegangen wird, sondern dass die UNCTAD konkrete operative Schlussfolgerungen für ihr Arbeitsprogramm zieht und diesem **einen klaren Fokus** verleiht.

Besonders wichtig erscheint es mir, dass andere internationale Organisationen, insbesondere die WTO, ebenso eng in den **Vorbereitungsprozess für UNCTAD XI** eingebunden werden wie dies für die UNCTAD bei der Vorbereitung der Ministerkonferenz in Cancún der Fall ist. Die Kooperation und Komplementarität gerade dieser beider Organisationen zu stärken, ist ein wichtiges Ziel, das auf dem Weg nach Sao Paolo besonderes Augenmerk verdient.

Ausblick

Der Motor der Weltwirtschaft ist ins Stocken geraten. Die Aussichten lassen zwar hoffen: Für das kommende Jahr erwartet der IWF wieder ein globales Wirtschaftswachstum von 4 %. Das gegenwärtig schwache Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ist aber eine schwere Last für die Entwicklungsländer, deren Wachstumschancen entscheidend von einer florierenden Weltwirtschaft abhängen. Der **erfolgreiche Verlauf der Ministerkonferenz in Cancún wäre ein positives Signal**, von dem entscheidende Wachstumsimpulse für die lahrende Weltkonjunktur ausgehen könnten.

Cancún ist mehr als eine Bestandsaufnahme zur Halbzeit. Es stehen wichtige Entscheidungen an, die über den Erfolg oder Misserfolg der Doha-Entwicklungsrunde entscheiden werden. 16 Monate verbleiben dann noch bis zum vorgesehen Enddatum der Verhandlungsrunde, dem 1. Januar 2005. Erst nach Cancún können wir eine exakte Zwischenbilanz ziehen, wo wir stehen.

Klar ist aber schon jetzt: Die Verhandlungen werden nur dann zu einem erfolgreichen Abschluss führen, wenn das Konzept einer Entwicklungsrunde kein Lippenbekenntnis bleibt und die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer angemessen berücksichtigt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit !